

BASELBIETER

FREISINN

Wir machen die Schweiz stark!

Aus der Parteileitung

Knapp 60 Gemeinderätinnen und Gemeinderäte gehören der FDP.Die Liberalen Baselland an. Sie setzen sich täglich für das Gemeinwesen ein und leisten so einen unerlässlichen Beitrag ans Milizsystem. **Seite 3**

Bereit für den Wahlkampf

Für eine starke Wirtschaft, eine krisenfeste Schweiz und eine sichere Altersvorsorge. Die FDP hat klare Antworten für die anstehenden Herausforderungen. Die drei Schwerpunkte bilden den Kern des FDP-Wahlkampfes im Hinblick auf die Eidgenössischen Wahlen im Oktober. **Seite 10 und 11**

Ja zur OECD-Mindeststeuer

Am 18. Juni stimmt die Schweiz über die OECD-Mindeststeuer ab. Die FDP setzt sich für ein Ja ein, damit das Geld in der Schweiz bleibt und die Standortattraktivität gestärkt werden kann. Nationalrätin Daniela Schneeberger erläutert, wie die Aufteilung der zusätzlichen Einnahmen zwischen Bund und Kantonen die Folge eines austarierten Kompromisses ist. **Seite 18**

Wahlerfolg für Anne Hiltbold

Glanzresultat in Genf: Bei den Staatsratswahlen wurde Anne Hiltbold souverän in die Kantonsregierung gewählt und holt für die FDP den zweiten Sitz neben Nathalie Fontanet zurück. Die bisherige Gemeinderätin von Carouge spricht im Interview über ihre Ziele und welche Massnahmen gegen die Wohnungsknappheit helfen würden. **Seite 22**

Geschätzte Freisinnige

Editorial von Ferdinand Pulver

Am 18. Juni stimmen wir ab. Nebst der Abstimmung über die Verlängerung des Covid-19-Gesetzes und der aus FDP-Sicht wichtigen OECD-Mindestbesteuerung liegt mir die Abstimmung über das Klimaschutzgesetz sehr am Herzen. Das Klimaschutzgesetz ist aus meiner Sicht die notwendige Gesetzesgrundlage, um die Klimaziele des Bundes zu erreichen. Das Gesetz ist aus FDP-Sicht nicht perfekt, aufgrund der starken Technologieanreize und der Tatsache, dass es keine Verbote enthält, aber ein aus FDP-Sicht gangbarer Kompromiss. Das zeigt sich darin, dass die Parteipräsidentenkonferenz und die Delegiertenversammlung der FDP Schweiz am 6. Mai in Kreuzlingen klar und deutlich die Ja-Parole gefasst haben. Erinnern Sie sich an unsere Kampagne gegen die Klimaschutzinitiative der Grünen in unserem Kanton letztes Jahr? Eines unserer Hauptargumente gegen dieses kantonale Vorpreschen war, dass wir eine nationale Lösung für zielführender halten. Wir haben mit dieser Argumentation die Abstimmung deutlich gewonnen. Nun liegt diese gesamtschweizerische Lösung vor – für die FDP ist die Vorlage ein Kompromiss, der einen wichtigen Beitrag zur Energieversorgungssicherheit leistet. Das Rahmengesetz arbeitet ohne Verbote, es beinhaltet Anreize zur Förderung neuartiger Prozesse und Technologien in der Wirtschaft mit Unterstützungsgeldern für Unternehmen, die neuartige Technologien und Innovation fördern. Es bietet



Ferdinand Pulver

liberale Lösungen für die Umweltpolitik, es stärkt unseren Forschungs- und Innovationsstandort und es trägt zur Erreichung von Netto-Null-Vorgaben bei. Das möchte ich Ihnen, liebe Freisinnige, für die Abstimmung zu bedenken geben, und betonen, dass mir die Annahme dieser Vorlage am Herzen liegt.

Ferdinand Pulver, Parteipräsident

Inhalt

- 3–9 Baselbieter Freisinn
- 10 Unsere Schwerpunkte im Wahlkampf
- 11 Sei Teil der FDP-Wahlkampagne
- 12/13 Bundesrätin Karin Keller-Sutter und Bundesrat Ignazio Cassis im Doppelinterview
- 15 Nachruf auf Elisabeth Kopp
- 16 Demokratie mit Zukunft – Buch zur Entstehung der modernen Schweiz
- 17 Ausblick auf die Sommersession
- 18 Ja zur OECD-Mindeststeuer
- 19 Für ein wirksames Klimagesetz
- 21 Ein Tag im FDP-Generalsekretariat
- 22 Anne Hiltbold ist neue Staatsrätin in Genf
- 23 Vermischtes



Ohne Mut kein Erfolg

Die Schweiz braucht mehr Freisinn

Liebe Freisinnige

Unsere Partei ist die bürgerlich-liberale Kraft, die Verantwortung für dieses Land übernimmt, anstatt Polemik zu verbreiten. Seit über 175 Jahren basieren der moderne Bundesstaat und das Erfolgsmodell Schweiz auf den liberalen Werten der FDP: Freiheit und Verantwortung, Gemeinsinn und Fortschritt. Wir sind die politische Partei, die dieses Land mit Abstand am meisten geprägt und gestaltet hat und es auch in Zukunft tun wird. Dazu gehören Gestaltungswillen und Zuversicht. Und es braucht Mut. Ohne Mut gibt es keinen Erfolg!

Sorge tragen zu den liberalen Werten in diesem Land

Wir sorgen für eine krisenfeste Schweiz, damit wir in Sicherheit leben und jederzeit genug bezahlbare Energie haben. Wir kämpfen für wirtschaftliche Rahmenbedingungen, welche die weltweit besten Löhne möglich machen. Wir stehen ein für auch in Zukunft sichere Renten. Die Volksinitiative der Jungfreisinnigen ist das geeignete Instrument dafür und führt aufgrund der besseren Ausschöpfung des inländischen Arbeitskräftepotentials gleichzeitig zu einer Reduktion der Migration. Wir setzen uns überdies mit pragmatischen und wirkungsvollen Ansätzen für eine hochstehende und bezahlbare Gesundheitsversorgung ein. Das alles erreichen wir durch eine pragmatische und vorausschauende Politik, die sich an den Realitäten orientiert und nicht die Augen davor verschliesst. Wir lösen die Probleme, anstatt sie zu

bewirtschaften. So lamentieren wir nicht über die mangelnde Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir packen an und präsentieren mit der Individualbesteuerungsinitiative der FDP Frauen eine Lösung, die gleichzeitig Antworten liefert gegen den Arbeitskräftemangel und die Finanzierung der Sozialwerke. So machen wir die Schweiz stark!

Die Schweizer Politik braucht mehr Freisinn und liberale Impulse

Wir Schweizerinnen und Schweizer entscheiden am 22. Oktober, wie die Zukunft unseres Landes aussehen soll. Wer eine offene Schweiz wünscht, in der wir weiterhin für die soziale Marktwirtschaft, Eigenverantwortung und freiheitliches Handeln eintreten, wählt FDP. Wer nicht in einem staatlichen Bevormundungs- und Umverteilungsbiotop leben will, wählt FDP. Wer Innovation und Unternehmergeist weiterhin als Wurzel und Ausgangspunkt des Erfolgsmodells Schweiz betrachtet, wählt FDP.

Ich lade Sie ein zum Tag der FDP vom 2. September. Kommen Sie nach Freiburg! Gemeinsam wollen wir die freisinnige Sache feiern und die heisse Phase des Wahlkampfes einläuten.

Ihr Thierry Burkart
Präsident FDP.Die Liberalen Schweiz

Aus der Parteileitung

Verantwortung übernehmen

Knapp 60 Gemeinderätinnen und Gemeinderäte gehören der FDP. Die Liberalen Baselland an. Sie setzen sich täglich für das Gemeinwesen ein und leisten so einen unerlässlichen Beitrag ans Milizsystem. Damit sich unsere kommunalen Entscheidungsträgerinnen und -träger regelmässig unter Gleichgesinnten über aktuelle Themen und persönliche Erfahrungen austauschen können, organisiert die Parteileitung zwei Mal jährlich ein Treffen. Neben persönlichen Gesprächen steht dabei jeweils ein Themenschwerpunkt auf dem Programm, welcher die Gemeinden besonders beschäftigt. So standen die letzten beiden Veranstaltungen im Zeichen der Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden und der kommunalen energie- und klimapolitischen Handlungsspielräume im Lichte des Netto-Null-Ziels 2050 sowie der Digitalisierung der Gemeindeverwaltungen und ihren Dienstleistungen. Wie herausfordernd und vielseitig das Gemeinderatsamt ist, lässt sich exemplarisch am Beispiel der rasant voranschreitenden Digitalisierung aufzeigen: Auch wenn sich die Gemeinden diesen Entwicklungen je länger, desto weniger entziehen

können, gibt es keine pauschale Antwort auf die Frage, wie sie darauf reagieren und wie weit sie dabei gehen sollen. Vielmehr sind die Gemeindevertreterinnen und -vertreter gefordert, die für ihre Gemeinde optimale Lösung zu finden und umzusetzen. Umso interessanter war denn auch die Erkenntnis aus dem Inputreferat eines Strategieberaters für Digitale Transformation, dass Gemeinden die Digitalisierung nicht neu erfinden müssen, sondern mit verhältnismässig geringen finanziellen und personellen Ressourcen gestützt auf «Best Practices» anderer Gemeinwesen ihre individuelle Strategie erarbeiten und die auf ihre Bedürfnisse ausgerichteten Massnahmen umsetzen können. Dass dadurch gleichzeitig die politische Partizipation vor allem der jüngeren Generationen gefördert werden kann, dürfte eine willkommene Gelegenheit für die Gemeinden sein. Dieses Beispiel zeigt aber auch auf, welche Verantwortung Gemeinderätinnen und Gemeinderäte haben. Ihr Handeln wirkt sich unmittelbar und teils weitreichend auf den Alltag der Bevölkerung aus. Im Namen der Parteileitung danke ich daher allen unseren Gemeinderätinnen und Gemein-



Alain Bai

deräten an dieser Stelle für ihr unermüdliches, nebenberufliches Engagement im Sinne eines lebenswerten (freisinnigen) Baselbiets. Und all jene, die es sich vorstellen können, künftig Verantwortung in den Gemeinden zu übernehmen, sind herzlich dazu eingeladen, mit den örtlichen Sektionen in Kontakt zu treten. Denn bereits im März 2024 stehen wieder Gemeindewahlen an und es bietet sich die Chance, die traditionell gewichtige Rolle des Baselbieter Freisinns auf kommunaler Ebene weiter auszubauen.

**Alain Bai, Mitglied Parteileitung,
Landrat und Gemeinderat**

Korrigendum

Im letzten Freisinn war die Liste der Gemeindepräsidien nicht ganz vollständig.

Dafür möchten wir uns entschuldigen und führen die von der FDP besetzten Präsidien gerne nochmals auf:

Nicole Nüssli, Allschwil
Markus Eigenmann, Arlesheim
Mélanie Krapp-Boeglin, Bottmingen
Christof Hiltmann, Birsfelden
Hannes Niklaus, Brislach
Nadine Jermann, Buus
Roger Gradl, Frenkendorf
Catherine Müller, Füllinsdorf
Pascal Bolliger, Laufen

Daniel Spinnler, Liestal
Stephan Burgunder, Pratteln
Melchior Buchs, Reinach
Fredy Hofer, Thürnen
Michel Kneuss, Wahlen
Andrea Kaufmann, Waldenburg

**Wir danken allen Gemeinderätinnen
und Gemeinderäten für ihren Einsatz.**

3x JA

Ja zur OECD-Reform
Ja zum Innovation- und Klimagesetz
Ja zum COVID-19 Gesetz



Unser Kandidat für den Ständerat

Wir machen die Schweiz stark!

Sven Inäbnit



Binningen, 1964, Landrat und Einwohnerrat
Dr. pharm., Exec. MBA-HSG

In jeder Session des nationalen Parlaments werden in «Bundesbern» auch für unseren Kanton wichtige Weichen gestellt. Grund genug, dass die Anliegen des Baselbiets und insbesondere unserer Wirtschaftsregion Aufnahme, Beachtung und letztlich Zustimmung finden. Wir sind regional der zweitwichtigste Wirtschaftsstandort in der Schweiz, verfügen über eine blühende Exportindustrie mit zahlreichen Zulieferern, bilden eines der wichtigsten Tore für den Güterfluss in die Schweiz und sind stark in Forschung und Innovation als Basis für künftige Geschäftserfolge. Grund genug, in «Bern» mit starker Stimme vertreten zu sein, denn, nur wenn wir alles unternehmen, optimale wirtschaftliche Rahmenbedingungen auch in Zukunft zu fördern, werden wir unseren lokalen Wohlstand und damit auch ein attraktives Baselbiet behaupten können. Ich kandidiere deshalb mit voller Motivation als gemeinsamer bürgerlicher Kandidat für den Ständerat. Das Baselbiet ist nach wie vor ein bürgerlicher Kanton und unsere einzige Standesstimme (ohne schon ein gravierendes Manko gegenüber anderen Kantonen) muss nach 16 Jahren rot-grün unbedingt zurück in bürgerliche Hand. Nur so ist gewährleistet, dass wir in «Bern» die für

unsere Region wirklich relevanten Themen einbringen und Resultate erwirken. Im Ständerat geht es in erster Linie um die Interessen des Kantons und dessen Bevölkerung. Einige Beispiele für Handlungsbedarf aus Sicht BL betreffen den lokalen Ausbau unserer Strassen- und Bahninfrastruktur, eine für KMUs verträgliche Energiepolitik, stabile und rechtssichere Beziehungen mit der EU und eine Arbeitsmarktpolitik, welche die Situation unserer Grenzregion einbezieht. Auch die nationale Gesundheitspolitik und die Zukunft der Sozialversicherungen haben wegen der spezifischen demografischen Entwicklung im Baselbiet Auswirkungen auf unsere regionale Versorgung und Prosperität. Im Landrat setzte ich mich als engagierter Freisinniger bereits die letzten zehn Jahre vehement für diese Anliegen ein und beruflich konnte ich ein breites Netzwerk nach «Bundesbern» knüpfen. Ich bin bereit, mit meiner grossen Erfahrung aus Industrie und Politik unser Baselbiet im «Stöckli» mit liberalem Kompass und mit voller Kraft zu vertreten. Es ist JETZT Zeit, die Dinge zu ändern und für die Anliegen unseres Kantons aus einer bürgerlichen Sicht im Ständerat zu kämpfen.

Unsere Kandidat Kandidaten für

Wir machen die Schweiz stark!

Daniela Schneeberger, bisher



Thürnen, 1967, Nationalrätin
Unternehmerin, Treuhänderin mit eidg. Fachausweis

Seit 2011 vertrete ich unseren Kanton und die FDP im Nationalrat, ob in der Kommission für Wirtschaft und Abgaben oder der Geschäftsprüfungskommission – ich suche nach pragmatischen Lösungen. 2022 wurde ich auch als Vizepräsidentin der freisinnig-liberalen Fraktion der Bundesversammlung gewählt, was mir erlaubt, Koalitionen zu schmieden. Ich habe die Jahre im Rat genutzt, um für uns alle mehr an Einfluss zu gewinnen. Als Präsidentin von Treuhand Suisse und als Vizepräsidentin des Schweizerischen Gewerbeverbandes engagiere ich mich an vorderster Front für meinen Berufsstand und die schweizerische KMU-Wirtschaft. Ich habe mich immer für eine wirtschaftsfreundliche Politik starkgemacht. Hartnäckig setze ich mich für Bürokratieabbau und praxisnahe Regulierungen ein. Ich stehe weiterhin konsequent für eine faire und pragmatische Migrationspolitik ein, die der langjährigen humanitären Tradition der Schweiz gerecht wird. Die Schweiz soll im Asylbereich jenen Schutz gewähren, denen im Sinne der Asylgesetzgebung und der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 Schutz zusteht.

tinnen und den Nationalrat

Martin Dätwyler



**Laufen, 1969, Landrat
Direktor Handelskammer beider Basel,
lic. phil. nat., EMBA**

Die Entwicklung und das Zusammenspiel von Gesellschaft, Wirtschaft und Raum interessieren mich seit meiner Kindheit. Als Direktor der Handelskammer beider Basel darf ich den Fortschritt der Region seit vielen Jahren aktiv und erfolgreich mitgestalten, Lösungen erarbeiten und Vorhaben zum Durchbruch verhelfen. Infrastruktur-, Verkehrs- und Raumentwicklung bilden das Fundament eines attraktiven Wirtschafts- und Lebensraums. Noch profitieren wir von den Infrastrukturausbauten unserer Grosseltern. Doch der Bedarf und die Anforderungen an Infrastrukturen nehmen mit steigender Bevölkerungszahl zu: leistungsfähiger, vernetzter und digitaler. Die Weichen für eine nachhaltige Entwicklung der Region werden vermehrt in Bern gestellt: Sei es beim öffentlichen Verkehr, beim Individualverkehr, beim Güterverkehr oder der Energieinfrastruktur. Mit einem Sitz im Nationalrat könnte ich die Interessen des Baseltiets gezielt wahrnehmen und meine Erfahrung zum Wohl von Wirtschaft und Gesellschaft entschlossen einbringen.

Thomas Eugster



**Liestal, 1970, Landrat und Einwohnerrat
Dipl. Verfahrensingenieur ETH**

In meiner bisherigen politischen Karriere habe ich als Landrat und Einwohnerrat in Liestal eine langjährige Erfahrung auf Gemeinde- und Kantonebene gesammelt. Vieles wird aber von Bundesbern bestimmt. Da will ich Einfluss nehmen, deshalb kandidiere ich für den Nationalrat. Ein besonders wichtiges Anliegen ist mir das Thema Versorgungssicherheit, insbesondere mit Elektrizität. Ich möchte als Ingenieur mit über 25 Jahren Erfahrung in der Industrie den liberalen Positionen zum Durchbruch verhelfen: Wir müssen die inländische Stromproduktion mit dem Ausbau von erneuerbaren Energien und mit Stromspeicher stärken. Dabei sind Innovation und Technologieoffenheit, kurze Bewilligungsverfahren und klare finanzielle Rahmenbedingungen zentrale Elemente. Weiter brauchen wir ein Stromabkommen mit der EU und müssen auch die nationale Worstcaseplanung mit Notkraftwerken weiterführen, denn ein Blackout würde die Schweiz über 100 Milliarden CHF kosten!

Ferdinand Pulver



**Reinach, 1965, Gemeinderat
Unternehmer, Grafiker**

1,7 Millionen Menschen mit einer Behinderung leben in der Schweiz, Tendenz steigend. Denken wir an die beteiligten Personen im direkten Umfeld, können wir uns vorstellen, wie viele Menschen auch in unserem Kanton betroffen sind. Diese Zahlen zeigen, dass diese Minderheit in unserem Land politisch bedenklich untervertreten ist. Schaut man sich zum Beispiel die äusserst langsame Umsetzung von Behindertengleichstellungsgesetz oder Behindertenrechtskonvention an, wird klar: Es muss vorwärtsgen mit der Gleichstellung von Behinderten. Wenn ich heute sehe, wie Awareness zum Modetrend wird und wie gross die Lobby für die Queer-Community ist, möchte ich dafür sorgen, dass Menschen im Rollstuhl nicht vergessen werden. Mit meiner Kandidatur möchte ich die Möglichkeit bieten, eine starke freisinnige Stimme für Menschen mit einer Behinderung in den Nationalrat zu wählen und so unsere Gesellschaft zu stärken. Als Paraplegiker, seit 16 Jahren im Rollstuhl, weiss ich, um was es geht.

Unsere Kandidatinnen und Kandidaten für den Nationalrat

Wir machen die Schweiz stark!

Lucio Sansano



Reinach, 2000, Einwohnerrat
Student der Wirtschaftswissenschaften

In den letzten Jahren konnte ich in verschiedensten Engagements wertvolle politische Erfahrungen auf kommunaler, kantonaler und nationaler Ebene sammeln: Sei dies als Präsident der Baselbieter Jungfreisinn Sektion, als Präsident der Finanzplanungskommission des Reinacher Einwohnerrates oder während meiner Zeit, in der ich in Bundesbern für unsere Partei beruflich tätig sein durfte. Ich stehe für eine langfristig nachhaltige Altersvorsorge ein, indem die AHV in ihrer Existenz gesichert wird und das Rentenalter flexibilisiert sowie an die Lebenserwartung gekoppelt wird. Nur so kann die Finanzierung der AHV bei unseren demografischen Verhältnissen tatsächlich langfristig gesichert werden. Es kann nicht sein, dass meine Generation sich nicht sicher sein kann, ob sie einmal noch eine Rente erhalten wird, für die sie ihr ganzes Erwerbsleben eingezahlt hat. Das möchte ich ändern. Deshalb kandidiere ich für den Nationalrat und freue mich über Ihre Unterstützung!

Saskia Schenker



Itingen, 1979, Landrätin
Direktorin Arbeitgeberverband Region Basel,
Politologin, EMBA Betriebsökonomie und Finanzen

«Sowohl im Landrat als auch als Direktorin des Arbeitgeberverbands Region Basel bin ich für bessere Rahmenbedingungen für die Arbeitswelt und einen vielfältigen Arbeitsplatz-Standort Baselland tätig. Daran arbeite ich beharrlich und als konstruktive Stimme. Mit meinem Einsatz konnte ich bereits wichtige Beiträge für eine Verbesserung der steuerlichen Situation im Baselbiet für Unternehmen und Private sowie zur Entlastung des Mittelstands leisten. Einen bedeutenden Erfolg für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf gelang mir mit der Erhöhung der Steuerabzüge für die externe Kinderbetreuung. Ebenso setze ich mich für die nationale Einführung der Individualbesteuerung zur Abschaffung der Heiratsstrafe ein. Denn die Arbeit – in diesem Falle meist jene der Frauen – soll sich lohnen. Gerade in Zeiten des Fachkräftemangels müssen wir alle Fehlanreize und Hürden eliminieren, die Personen daran hindern, am Arbeitsmarkt teilzunehmen. Hier gibt es auf nationaler Ebene viel zu tun, weshalb ich mich sehr gerne im Nationalrat einbringen würde.»

Brigitte Treyer



Arlesheim, 1975, Gemeinderätin
Partnerin einer Advokatur- und Notariatskanzlei
in Arlesheim, lic. iur., Advokatin

Ich möchte in den Nationalrat, weil es mir ein grosses Anliegen ist, sichtbar zu machen, dass politisch engagierte Frauen einen wichtigen Beitrag zum Erfolg der FDP Baselland leisten können. Als Frau, Mutter und Anwältin möchte ich auch Vorbild sein: Ich möchte anderen Müttern zeigen, dass die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Politik möglich ist. Dieses für mich seit jeher wichtige Anliegen der Vereinbarkeit praktiziere ich seit bald 18 Jahren selbst. Es gehört zu den erklärten Zielen der FDP, mehr Frauen – insbesondere auch Mütter – in den Arbeitsmarkt zu integrieren und auch zu motivieren, höhere Arbeitspensen anzustreben. Insbesondere der zunehmend auftretende Fachkräftemangel könnte damit aktiv bekämpft werden, indem Mütter motiviert werden, ihren Beruf auch auszuüben. Nicht nur sind Anreize beim Steuersystem notwendig, sondern auch die Schaffung und der Ausbau geeigneter Kinderbetreuungsmodelle und -angebote, dies vor allem auch im schulergänzenden Bereich. Die Kosten müssen so gestaltet sein, dass es für Familien attraktiv ist, den Wiedereinstieg oder die Pensenerhöhung anzustreben. Dafür und natürlich für viele liberale Anliegen mehr würde ich mich im Nationalrat gerne mit viel Herzblut einsetzen.



Wir machen die Liste 1 stark

Aus dem Wahlkampfteam

Der Grundstein für einen guten Wahlkampf ist gelegt: Sieben spannende Persönlichkeiten wurden vom Parteitag der FDP für die Liste 1 nominiert. Damit startet für uns der Wahlkampf. «Uns», das sind wir – das Wahlkampfteam für die Nationalratswahlen 2023: Hannes Felchlin aus Arlesheim, zuständig für Outdoorwerbung & Finanzen, Suzanne Imholz aus Sissach, zuständig für Grafik & Printprodukte, Birgit Kron aus Reinach, zuständig für Social Media & Zeitungen und Gina Zehnder aus Arlesheim, Wahlkampfleiterin. Fotospots wurden gesucht, Analysen erstellt, Plakatstellen und Inserate reserviert. Wir sind motiviert und bereit für den Wahlkampf.

Das waren die Kandidatinnen und Kandidaten auch, als sie an einem Samstagmorgen früh ins Waldhaus beider Basel kamen, um gemeinsam einen FDP-Strategie-Workshop durchzuführen. Am Morgen lag der Fokus auf Schwerpunktthemen, dem Unterschied von kantonaler und nationaler Politik und der Rolle des Baselbiets in der Schweiz. Auf den dort gemeinsamen erarbeiteten und definierten thematischen Schwerpunkten basiert der operative Wahlkampf: Geplant sind verschiedene Massnahmen und Aktionen, welche diese Schwerpunkte und gleichzeitig unsere Kandidatinnen und Kandidaten ins richtige Licht rücken.

Wenige Tage später war es so weit: Fotoshooting und Filmtag! Die Kandidatinnen und Kandidaten, aber auch unsere Kernthemen wurden in Szene gesetzt und für die Wählerinnen und Wähler festgehalten. Das Ergebnis sehen Sie, geschätzte Freisinnige, dann kurz nach den Sommerferien.

Der Vorwahlkampf läuft in vollen Zügen und wir sind bereit – wir machen die Liste 1 stark. Für den Wahlkampf und dann für Bern!

Das Wahlkampfteam

Hannes Felchlin, Suzanne Imholz, Birgit Kron, Gina Zehnder



Andreas Dürr



«Wenn wir die
Mindeststeuer nicht
umsetzen, machen
es andere Länder
für uns.»

Eidgenössische Abstimmung vom 18. Juni zur OECD-Mindestbesteuerung

Steuereinnahmen in der Schweiz halten

Es ist ein Ausnahmefall (und bleibt hoffentlich auch ein solcher), dass wir Baselbieter Freisinnige für höhere Steuern plädieren. Im Fall der Abstimmung über die OECD-Mindeststeuer macht das aber für einmal durchaus Sinn.

Knapp 140 Staaten haben sich darauf geeinigt, dass international tätige Unternehmen mit einem Umsatz von mindestens 750 Millionen Euro künftig mindestens 15 Prozent Gewinnsteuern bezahlen sollen. Die Schweiz will das mit einer sogenannten Ergänzungssteuer umsetzen. Diese Steuer wird fällig, wenn die Gewinnsteuer eines solchen Unternehmens tiefer ist als die vorgegebenen 15 Prozent. Die Ergänzungssteuer ist dabei so hoch, dass ebendiese 15 Prozent erreicht werden. In Kantonen, wo die Gewinnsteuer ohnehin schon höher ist als 15 Prozent, kommt die Ergänzungssteuer nicht zur Anwendung.

Es ist Aufgabe des Landes, welches Sitz eines betroffenen Unternehmens ist, die Mindeststeuer umzusetzen. Setzt ein Land diese Mindeststeuer nicht um, können andere Staaten bei den Niederlassungen dieses Unternehmens die Differenz besteuern. Konkret heisst das: wenn wir die Mindeststeuer nicht umsetzen, machen es andere Länder

für uns. Diese erhalten dann auch das Steuergeld, die Schweizer Staatskasse geht leer aus. Wenn wir aber schon die Steuern erhöhen müssen, soll das Geld in unsere Staatskasse fliessen. Alles andere ist nicht in unserem Interesse. Deshalb befürwortet die FDP diese Reform.

Das Baselbiet ist von dieser Reform ganz direkt betroffen. Erst 2019 hat die Stimmbevölkerung die Steuervorlage 17 angenommen, mit der die Gewinnsteuer bis 2025 auf 13,45 Prozent gesenkt wird. In unserem Kanton fallen deshalb rund 50 Unternehmen in die Kategorie der betroffenen Unternehmen, bei denen voraussichtlich eine Ergänzungssteuer anfallen wird.

Wie hoch die Steuereinnahmen ausfallen werden, ist heute schwer abzuschätzen. Der Bund geht in groben Schätzungen von Mehreinnahmen von 1 bis 2,5 Milliarden Franken aus. Diese Zahlen sind jedoch mit Vorsicht zu geniessen, was schon die

grosse Bandbreite dieser Schätzung zeigt. Bund und Kantone haben sich darauf geeinigt, dass von den Mehreinnahmen 25 Prozent an den Bund und 75 Prozent an die Kantone fliessen sollen. Die Kantone sind dabei verpflichtet, einen angemessenen Teil an die Gemeinden weiterzugeben. Die Baselbieter Regierung schätzt, dass der Kanton etwa 4 bis 5 Millionen Franken zusätzlich einnehmen wird.

Zu betonen ist, dass aufgrund des Nationalen Finanzausgleichs (NFA) ein substantieller Teil der Einnahmen aus der Ergänzungssteuer umverteilt werden. Dies führt dazu, dass alle Kantone von den zusätzlichen Steuereinnahmen profitieren werden.

Für die Schweiz und auch für unseren Kanton wird es eine Herausforderung sein, die Standortattraktivität zu erhalten. Mit dieser Reform wird die Schweiz steuerlich unattraktiver. Die FDP wird sich deshalb dafür starkmachen, dass die zusätzlichen Einnahmen dafür eingesetzt werden, den Wirtschaftsstandort Baselland auf anderer Ebene zu verbessern.

Andreas Dürr, Fraktionspräsident

Jungfreisinnige wollen stärkste bürgerliche Jungpartei werden

An ihrem gemeinsamen Parteitag in der Sandoase haben die Jungfreisinnigen Baselland und Basel-Stadt ihre Nationalratslisten nominiert.

Die Jungfreisinnigen Baselland standen nach den nationalen Wahlen 2019 an einem Tiefpunkt: Die Nationalratsliste erreichte das mit Abstand schlechteste Resultat aller Jungparteien und die Partei musste sich von Grund auf neu organisieren. Ein halbes Jahr später durfte ich das Präsidium übernehmen und versprach eine liberale Bewegung. Diese geriet tatsächlich ins Rollen: Wir konnten unsere Aktivmitglieder auf heute über 40 Personen vervierfachen und sind bei der Anzahl Aktionen und Events klar die aktivste

bürgerliche Jungpartei des Kantons. Diesen Schwung wollen wir nun mitnehmen, unseren Wähleranteil verdoppeln und stärkste bürgerliche Jungpartei des Kantons werden. Gelingen soll dies mit unserer motivierten Liste, bei deren Nomination es uns ein Anliegen war, über alle Kantonsteile vertreten zu sein, um die gesamte Stimmbevölkerung anzusprechen.

Lucio Sansano, Präsident Jungfreisinnige BL und Nationalratskandidat FDP BL

Die Kandidatinnen und Kandidaten

Die Jungfreisinnigen Baselland nominieren folgende sieben Kandidatinnen und Kandidaten:

1. Cyril Bleisch, 2001, Münchenstein, Student Wirtschaftswissenschaften
2. Michèle Eggenschwiler, 2000, Sissach, Studentin Rechtswissenschaften
3. Oliver Fischer, 1999, Muttenz, Student Rechtswissenschaften
4. Roy Gradl, 1994, Frenkendorf, Architekt
5. Laurent Inäbnit, 2002, Binningen, Flight Attendant
6. Tamara Maurer, 2000, Waldenburg, Studentin Rechtswissenschaften
7. Carole Steiner, 2003, Bottmingen, Studentin Wirtschafts- und Rechtswissenschaften



v.l.n.r. Carole Steiner, Roy Gradl, Tamara Maurer, Cyril Bleisch, Michèle Eggenschwiler, Laurent Inäbnit, Oliver Fischer mit Präsident und FDP-Kandidat Lucio Sansano (r.)

Unsere Prioritäten für eine starke Schweiz

Wahlkampfthemen der FDP

In den letzten Jahren haben mehrere Krisen die Schweiz erschüttert. Wir wurden dramatisch daran erinnert, wie verletzlich unser Land ist. Weder Freiheit, Wohlstand noch ausreichend Energie sind eine Selbstverständlichkeit. Gleichzeitig gilt es zahlreiche Reformen anzupacken, um die Schweiz finanzpolitisch wieder auf Kurs zu bringen. Die Schweiz braucht dringend mehr Realitätssinn statt Wunschdenken. Nur so ist es möglich, dass auch noch unsere Enkelkinder in Freiheit und Wohlstand leben.



Wirtschaft stärken, Wohlstand sichern

Die FDP kämpft für wirtschaftliche Rahmenbedingungen, die ermöglichen. Wir stehen für einen freien, weltweiten und wettbewerbsorientierten Markt ein, der Leistung belohnt. Der Staat beschränkt sich auf die Schaffung gleich langer Spiesse, ermöglicht den Zugang zu internationalen Märkten und sorgt für Rechtssicherheit. Staatliche Eingriffe sind zu vermeiden.

Zur Freiheit gehört Verantwortung

Die FDP erwartet dafür von Unternehmen eine umsichtige Führung – zur Freiheit gehört Verantwortung. Ein attraktiver Arbeitsplatz und Forschungsstandort ist die beste Garantie für verlässliche Steuereinnahmen und zukunftsfähige Arbeitsplätze. Die FDP schützt darum unsere Standortfaktoren vor linken Einschränkungen, vor rechtsnationaler Abschottung und gegen den Druck aus dem Ausland: Wir stehen ein für einen liberalen Arbeitsmarkt, gelebte Sozialpartnerschaft, stete Aus- und Weiterbildungen, tiefe Steuern, leistungsfähige Infrastrukturen und einen funktionierenden Rechtsstaat.

Mehr Infos



Sicherheit stärken, Abhängigkeit reduzieren

Die FDP kämpft für eine umfassende Sicherheit, damit die Schweizerinnen und Schweizer ihren Alltag sorgenfrei leben können. Dazu zählen die innere Sicherheit, wie Verteidigungsfähigkeit, sowie die wirtschaftliche Versorgungssicherheit. Wir stehen zu einer glaubwürdigen, modern ausgerüsteten Milizarmee, die verstärkt mit der NATO kooperiert und sich auf die veränderte Bedrohungslage ausrichtet.

Stromproduktion ausbauen

Der Spielraum der Neutralität soll genutzt werden, ohne deren rechtlichen Kern zu verletzen. Eine verlässliche und bezahlbare Energie- und Stromversorgung hat für die FDP Priorität. Gerade darum gilt es, die unerlässliche Dekarbonisierung mit realistischen Annahmen und marktwirtschaftlichen Instrumenten voranzutreiben. Gleichzeitig führt kein Weg an einem massiven und raschen Ausbau der Stromproduktion vorbei.

Mehr Infos



Altersvorsorge sichern und Prämienexplosion vermeiden

Die FDP kämpft für sichere Renten und mehr Generationengerechtigkeit. Wer ein Leben lang gearbeitet hat, soll eine faire Rente erhalten. Heute, aber auch noch morgen. Wir wollen Reformblockaden durchbrechen, denn der Stillstand von heute ist der Rentenabbau von morgen. Die Renteninitiative der Jungfreisinnigen weist in die richtige Richtung. Wir stehen für eine Modernisierung der Altersvorsorge, ein flexibles Rentenalter und vor allem für das bewährte 3-Säulen-System.

Eigenverantwortung stärken

Immer mehr Umverteilung führt in eine sozialistische Sackgasse. In der hochreglementierten Gesundheitspolitik gilt es, die Eigenverantwortung gezielt zu stärken und weiteren Verstaatlichungen mutig entgegenzutreten. Die FDP steht zur Wahlfreiheit für Patientinnen und Patienten, will Fehlanreize konsequent reduzieren und Qualitätswettbewerb fördern. Die Digitalisierung trägt dazu bei, dass mehr Zeit für Menschen statt für Administratives zur Verfügung steht.

Mehr Infos





Wir wollen Anpackerinnen und Anpacker

Mitmach-Kampagne der FDP



QR-Code scannen und Testimonial bestellen.

Unser Slogan «Wir machen die Schweiz stark» trifft nicht nur auf unsere Bundesräte, unsere Kantonsrätinnen oder Schulpfleger zu. Das Motto passt zu allen Freisinnigen! Denn alle, die täglich anpacken und ihr Bestes geben, leisten für unser Land ein wertvolles Engagement. Gemeinsinn, der die Schweiz stark macht. Deshalb stehen unsere Mitglieder im Zentrum unserer Mitmachkampagne.

Die FDP lädt alle Sympathisantinnen und Mitglieder ein, anzupacken und sich an unserer Mitmachkampagne «So mache ich die Schweiz stark» zu beteiligen. Ziel ist, mit der Bevölkerung unaufgeregt, aber selbstbewusst und stolz in Erinnerung zu rufen, wie Freisinnige von Arbon über Bulle und Chiasso bis nach Zernez durch ihr tagtägliches Engagement einen Beitrag für die Allgemeinheit leisten. Ziel ist es, aufzuzeigen, dass jeder auch so kleine Einsatz wertvoll und wichtig ist – und unsere Schweiz stark macht.

Freisinnige Vielfalt

Mit dieser Mitmachkampagne unterstreichen wir auch, wie, wo und in welcher Vielfalt Freisinnige Verantwortung übernehmen. Wir zeigen über unser Tun, wer wir sind und für was wir stehen. So wird unser Motto durch die Mitglieder zum Leben erweckt, mit Emotionen und Ideen gespickt und bei den Stimmberechtigten bekannt. Unsere Sympathisantinnen und Mitglieder sind damit ein unver-

zichtbarer Mosaikstein in der Wahlkampagne! Sie machen damit unsere Wahlkampagne erst authentisch und erfolgreich.

So wirst du Anpackerin oder Anpacker

Wir benötigen lediglich ein Bild, den Namen und das Engagement. Idealerweise zeigt das Bild, wie du «anpackst». Egal, ob das im Musikverein, in der Familie, im Beruf oder in der Politik ist. Egal, ob du gerade Blut spendest, hinter dem PC sitzt oder mit deiner betagten Mutter am See spazierst.

Was passiert nach der Bestellung?

Unmittelbar nichts. In der etwas ruhigeren Sommerzeit erstellt das Wahlkampfteam des Generalsekretariats die Testimonials und stellt dir dein persönliches Testimonial zu. Ab dann kann man diese frei verwenden.

Wann läuft die Kampagne?

Die Testimonial-Kampagne beginnt ca. Mitte Juli.

Ziel ist es, dass wir um den Nationalfeiertag am 1. August in einigen Kanälen präsent sind. Höhepunkt unserer Kampagne ist der Tag der FDP am 2. September. Im Vorfeld dieses grossen, freisinnigen Festes wollen wir Präsenz markieren. Auch am Tag der FDP selbst werden die eingereichten Testimonials in Szene gesetzt.

Wo wird Dein Testimonial verwendet?

Das Wichtigste und Wertvollste sind Postings in den eigenen sozialen Kanälen und Netzwerken. Ich-Botschaften machen unsere Kampagne stark und lebendig. Die FDP Schweiz wird die Bilder hauptsächlich am Tag der FDP am 2. September nutzen, um die Vielfalt und das beeindruckende Engagement aufzuzeigen. Zusätzlich machen die FDP Schweiz und die Kantonalparteien punktuell Repostings der persönlichen Beiträge auf Facebook, Instagram und Twitter. Dazu ist es wichtig, dass die Posts öffentlich sind.

Tipps für einen gelungenen Testimonial-Post

Instagram: Tags: @fdp_schweiz und #somacheichdieschweizstark
Kantonalpartei verlinken
Testimonial als öffentliche Story posten

Facebook: Tags: @fdp.dieliberalen und #somacheichdieschweizstark
Kantonalpartei verlinken

Twitter: Tags: @FDP_Liberalen und #somacheichdieschweizstark
Kantonalpartei verlinken

Whatsapp / Threema / Signal etc.
Testimonials an Kontakte senden
Whatsapp-Status-Stories posten

Bundesrat Ignazio Cassis und Bundesrätin Karin Keller-Sutter sind überzeugt, dass auch in der zweiten Jahreshälfte noch viele Herausforderungen auf sie warten. Fotos: EDA



«Von selbst entsteht kein Erfolgsmodell»

Karin Keller-Sutter und Ignazio Cassis im Doppelinterview

Bundesrätin Karin Keller-Sutter und Bundesrat Ignazio Cassis betonen die Bedeutung der Bundesverfassung für die moderne Schweiz, die veränderte Arbeit eines Mitgliedes des Bundesrats und ihre Erinnerungen an vergangene Wahlkämpfe.

Wir feiern dieses Jahr 175 Jahre Bundesverfassung. Was bedeutet das Jubiläum für Sie?

Ignazio Cassis: Sehr viel! Die Bundesverfassung hat die Schweiz von einem Staatenbund zu einem Bundesstaat gemacht. Damit wurde unser Zusammenhalt neu konzipiert und wir mussten eine neue Identität entwickeln. Seit 175 Jahren arbeiten wir daran: heute noch!

Karin Keller-Sutter: Mich fasziniert, wie die Bundesverfassung geschaffen wurde. Es gab da einen historischen Moment, ein «window of opportunity», wie man heute sagen würde – und die Mitglieder der Revisionskommission haben dieses genutzt. Dieser Tatkraft verdanken wir die älteste Demokratie Europas. Wir können nicht genügend dankbar sein.

Lässt sich die Arbeit der ersten Bundesräte mit Ihrer Arbeit als Bundesrat heute vergleichen? Gibt es etwas Besonderes, das gleichgeblieben ist?

Ignazio Cassis: Damals wie heute ist es für uns Bundesräte ein grosses Privileg, unserem Land eine Identität zu verleihen und unsere Zukunft zu ermöglichen. Inhaltlich sind die Bedürfnisse der heutigen Gesellschaft wohl kaum vergleichbar mit damals: Komplexität und Geschwindigkeit haben zugenommen. Das Departement des ersten Aussenministers Jonas Furrer umfasste nur ihn und einen Sekretär: heute arbeiten für das EDA fast 5500 Angestellte auf der ganzen Welt.

Karin Keller-Sutter: Diese neue Geschwindigkeit, die Ignazio hier beschreibt, ist Segen und Fluch zugleich. Segen, weil es heute viel einfacher ist, sich

auszutauschen und verschiedene Positionen an einen Tisch zu bringen – und sei dieser auch nur virtuell. Fluch, weil die Gefahr besteht, ob aller Geschwindigkeit die Gründlichkeit zu vernachlässigen. Als Bundesrätin muss man aber stets fokussiert sein.

Haben Sie als St. Gallerin beziehungsweise als Tessiner einen unterschiedlichen Bezug zu unseren Institutionen?

Karin Keller-Sutter: Man sollte nicht generalisieren, aber Ostschweizerinnen und Ostschweizer setzen stark auf Eigenverantwortung. Der Staat als allumsorgende Institution, die jede Delle glättet und jedes Problem für die Bürgerinnen und Bürger löst, ist ihnen fremd – und in gewisser Weise gar suspekt. Was man selber machen kann, das macht man selber. Und man trägt dann auch die Verantwortung. In diesen Tugenden erkenne ich mich als Person und als Freisinnige gut wieder.

Ignazio Cassis: Für die Tessiner und die italienisch-sprachige Bündner ist Bern sehr weit weg, sowohl geografisch – auf der anderen Seite der

Alpen – wie sprachlich. Und da die Sprache Ausdruck einer Kultur ist, gehören wir halt zu einem anderen Kulturraum. Das gilt auch für die politische Kultur. Diesen vier Sprachgemeinschaften eine gemeinsame Identität zu geben, war eben einer der Uraufgabe des neuen Bundesstaates im Jahr 1848. Dies geschieht unter anderem durch Institutionen wie den Bundesrat.

Vor 175 Jahren wurde der Grundstein für das Erfolgsmodell Schweiz gelegt. Was braucht es, damit dieses Erfolgsmodell auch in Zukunft Bestand hat?

Ignazio Cassis: Wir müssen es wollen. Von selbst entsteht kein Erfolgsmodell. Wir haben den Bundesstaat gegründet, um Freiheit, Sicherheit und Unabhängigkeit zu wahren und Wohlfahrt für uns und die künftigen Generationen herzustellen. Neben dem Recht der Freiheit steht die Pflicht zur Verantwortung. Somit entsteht das Erfolgsmodell, im Willen, in gegenseitiger Rücksichtnahme und Achtung unserer Vielfalt in der Einheit zu leben. Einen guten Weg dazu zeigen die Grundwerte der FDP: Freiheit, Gemeinsinn, Fortschritt und Verantwortung.

Karin Keller-Sutter: Das sehe ich sehr ähnlich. Die Verfassung hat uns Freiheit gesichert und jedem von uns auch Verantwortung gegeben. Diese Werte müssen wir beibehalten. Ich sehe – nicht erst seit der Corona-Pandemie, aber seither besonders – die Tendenz, dass Freiheit mit Sorglosigkeit oder Verantwortungslosigkeit gleichgesetzt wird. Der Staat soll alles richten. Hier müssen wir wachsam sein.

Welche Rolle kann die FDP hierbei spielen?

Karin Keller-Sutter: Die FDP trägt Freiheit und Verantwortung in ihren Genen. Die Partei tut dem Land den grössten Dienst, wenn sie zu ihren Überzeugungen steht. Auch wenn das gelegentlich unbequem ist.

Ignazio Cassis: Nach der Aufklärung haben die Freisinnigen die westlichen liberalen Demokratien gegründet. Mit dem Wohlstand vergisst man aber schnell, warum es uns gut geht. Das Engagement lässt nach. Dennoch sehe ich heute sehr motivierte Jungfreisinnige und tausende von engagierten Freisinnigen in Gemeinden und Kantonen. Das macht Freude! Und motiviert Karin und mich im Bundesrat wie auch Thierry als Präsi-

dent und Damien als Fraktionschef. Die FDP muss wieder mehr als Rückgrat unseres Landes anerkannt werden.

Im Oktober finden die eidgenössischen Wahlen statt. Sie haben beide mehrere Wahlkämpfe bestritten. Was ist Ihnen besonders in Erinnerung geblieben?

Ignazio Cassis: Ich habe mich immer gefreut, zusammen mit den Jungfreisinnigen Wahlkampf zu machen. Ich verfolge ihre Karrieren noch heute. Mit Ihnen zusammen machte Wahlkampf Freude.

Karin Keller-Sutter: Ich hatte immer Freude am Wahlkampf. Ich erinnere mich gern an die Wahlkämpfe als Regierungsrätin oder Ständerätin in meinem Kanton. An den Veranstaltungen im Säli eines Restaurants wird debattiert, man muss argumentieren und Red und Antwort stehen. Ich habe dabei sehr viel gelernt.



Die freisinnigen Bundesräte freuen sich auf Zeit mit Freunden und Familie während der Sommerpause.

«Bei Wahlkämpfen habe ich viel gelernt.»

Karin Keller-Sutter

Sie haben beide ein intensives Halbjahr hinter sich. Was erwarten Sie für die zweite Jahreshälfte? Worauf freuen Sie sich?

Ignazio Cassis: Wie üblich wird vor den Wahlen das mediale Klima noch aufgeheizter als sonst. Die zunehmende Polarisierung der Politik und der Lärm in den Sozialen Medien werden die Unruhe noch steigen lassen. Es gilt für uns, innere Ruhe und kühlen Kopf zu bewahren. Im UNO-Sicherheitsrat – wo wir aktuell tätig sind – übernehmen wir Verantwortung in einer Welt, die immer weniger global, weniger demokratisch und weniger westlich wird. Mit der EU will der Bundesrat klare und stabile Beziehungen pflegen: es geht um Handel, Stromversorgung, Forschung, Pandemiebekämpfung und schliesslich auch Sicherheit. Der Krieg in der Ukraine dauert leider an. Langweilig wird es uns nicht.

Karin Keller-Sutter: Wenn ich ehrlich bin, Ignazio, wäre ich ganz froh, es würde zur Abwechslung einmal etwas langweiliger. Im Grunde sind die Welt und die Schweiz ja seit 2020 im Dauerkrisen-Modus, ich selber habe das im ersten Halbjahr 2023 ja besonders zu spüren bekommen. Vermutlich trifft Deine Einschätzung also auch auf mich zu: Es wird nicht langweilig werden.

Bald beginnt die traditionelle Sommerpause der Politik. Wie verbringen Sie diese etwas ruhigere Zeit?

Karin Keller-Sutter: Ich hoffe, dass ich verreisen kann. Wer führt, muss auch sich selber führen. Dazu gehört ein gelegentlicher Tapetenwechsel. Und man muss die Gelegenheit schaffen, um wieder aufzutanken zu können. In den Ferien lese ich gerne: ernsthafte Bücher, aber auch Krimis. Sehr wichtig ist mir auch in der Sommerpause Zeit mit Freunden und der Familie verbringen zu können.

Ignazio Cassis: Ich werde wie Karin auch versuchen, etwas Ruhe zu finden. Zeit für die Familie und die Freunde zu haben, ist mir auch wichtig. Und ich liebe es, den Luganersee zu geniessen.

Interview: Marco Wölfli

FDP

Die Liberalen

**JA zur OECD-
Mindeststeuer**

Damit das Geld in der Schweiz bleibt

Wir machen

die Schweiz stark!

Am 2. Oktober 1984 wurde Elisabeth Kopp als Bundesrätin vereidigt. Fotos: Archiv FDP



Die FDP trauert um alt Bundesrätin Elisabeth Kopp

Die Pionierin der Schweizer Politik ist mit 86 Jahren verstorben

Sie war die erste Frau im Bundesrat: Elisabeth Kopp ist am Karfreitag im Alter von 86 Jahren verstorben. Sie war eine Vorkämpferin für die Gleichstellung von Frau und Mann und prägte die Migrationspolitik der Schweiz wesentlich mit. Die FDP spricht der Familie und den Angehörigen ihr tief empfundenes Beileid aus.

Die Nachricht vom Hinschied von alt Bundesrätin Elisabeth Kopp hat uns alle betroffen gemacht. Die Schweiz verliert mit ihr eine Politikerin, die sich stets mit grossem Engagement und Herzblut für die liberale Sache eingesetzt hat. Elisabeth Kopp begann ihre politische Laufbahn 1970 im Gemeinderat von Zumikon ZH. Bereits zwei Jahre später avancierte die Juristin zur Erziehungsrätin des Kantons Zürich, bevor sie 1974 Gemeindepräsidentin von Zumikon wurde. 1979 startete Elisabeth Kopp ihre Karriere im Nationalrat und wurde 1984 zur ersten Frau im Bundesrat gewählt und übernahm das Justiz- und Polizeidepartement (EJPD).

Kämpferin für die Gleichberechtigung

Elisabeth Kopp war eine Pionierin der Gleichstellung und setzte sich zeitlebens für die Gleichstellung von Frau und Mann ein. Sie machte sich für die Einführung des Frauenstimm- und wahlrechts stark. Als Nationalrätin kämpfte sie für den Artikel über die Gleichberechtigung von Mann und Frau in der Bundesverfassung ein. Während ihrer Amtszeit setzte sich die Juristin auch für Massnahmen gegen die Geldwäscherei ein, den Kündigungsschutz im Miet- und Arbeitsvertragsrecht, das Aktienrecht und für den Umweltschutz.

Charismatische Politikerin

Am 2. Oktober 1984 wählte die Vereinigte Bundesversammlung Elisabeth Kopp im ersten Wahlgang mit 124 von 244 Stimmen als erste Frau in den Bundesrat. Die Juristin übernahm vom Zürcher Freisinnigen Rudolf Friedrich das EJPD. Während ihrer Amtszeit gehörte die Flüchtlings- und Ausländerpolitik zu den wichtigsten Themen. Unter ihrer Federführung erhielt die Schweiz ein neues Gesetz, dank dem Asylgesuche rascher behandelt werden konnten. Trotz der fordernden Aufgabe liess sie die nötige Sensibilität für die Menschen und deren Anliegen nie vermissen und rief 1986 das Amt des Delegierten für Flüchtlingswesen ins Leben. 1986 präsentierte sie dem Parlament den Bericht über das Rechtsetzungsprogramm «Gleiche Rechte für Mann und Frau».

Ihr Amt als Bundesrätin endete am 12. Januar 1989, nachdem sie aufgrund einer Verwaltungsratsaffäre ihres Ehemannes Hans W. Kopp zurückgetreten war. Das Bundesgericht sprach sie im Nachgang von den Vorwürfen der Amtsheimisverletzung frei. Nach ihrer Amtszeit als Bundesrätin engagierte sich Elisabeth Kopp für verschiedene Anliegen wie den UNO-Beitritt oder die Einführung der Mutterschaftsversicherung.

«Ich war eine junge Frau, als Elisabeth Kopp 1984 in den Bundesrat gewählt wurde. Sie hat mich und viele andere meiner Generation inspiriert. Dafür bin ich Elisabeth Kopp sehr dankbar.»

Regine Sauter, Nationalrätin ZH



Elisabeth Kopp hat zeitlebens mit viel Herzblut politisiert.

175 Jahre Bundesverfassung

Der Autor Thomas Lötscher und sein Buch «Demokratie mit Zukunft».



Der ehemalige Zuger Kantonsrat Thomas Lötscher hat mit «Demokratie mit Zukunft» ein Buch über die Erschaffung der modernen Schweiz geschrieben. Was ihn bei der Recherche beeindruckt hat, was er der FDP rät und was ihn besorgt, erzählt er im Interview.

Was hat Sie bewogen, ein Buch über die Entstehung der modernen Schweiz zu schreiben?

Zum einen stellte ich fest, dass die liberalen Grundwerte, die die Schweiz einst ausmachten, heute nicht mehr gleich stark verankert sind. Immer mehr Regulierungen und Verbote und gleichzeitig fehlender Respekt vor dem Rechtsstaat, Stichwort Klimakleber, machen mir Sorgen. Mit meinem Buch will ich diese Grundwerte in Erinnerung rufen. Dazu kommt, dass die meisten Menschen keinen Bezug zum Jahr 1848 haben. Ich möchte einen niederschwelligen Zugang zu diesen wichtigen Ereignissen bieten.

Welche Rückmeldungen haben Sie zum Buch erhalten?

Viele positive! Besonders gefreut hat mich, dass Leserinnen und Leser das Buch nachbestellt haben, um es weiterzuverschenken. Die breite Streuung dieses elementaren Wissens war auch ein Ziel von mir.

Für die Recherche haben Sie sich vertieft mit den Geschehnissen im Jahr 1848 befasst. Was hat Sie überrascht?

Das Tempo, in dem die Grundlagen für die moderne Schweiz gelegt wurden, hat mich stark beeindruckt. Zumal Pferd und Brief die schnellsten Transport- und Kommunikationsmittel waren. Wenn man bedenkt, dass wir heute für ein kantonales Gesetz zwei Jahre benötigen, ist die Leistung noch höher einzustufen.

Gibt es einen spezifischen Grund, weshalb die liberale Revolution in der Schweiz erfolgreich war?

Eine Stärke war sicher, dass nicht nur eine Person prägend war, sondern mehrere kluge Köpfe. Die Revisionskommission, die die Verfassung erarbeitete, umfasste 23 Kantonsvertreter. Zudem war es entscheidend, dass die wirtschaftliche und staatliche Entwicklung im Gleichschritt erfolgte. Der Fortschritt der Eisenbahn und der Abbau von Zöllen waren wichtige Treiber. Und schliesslich waren auch viel Glück und einige Zufälle ausschlaggebend.

Hilft das diesjährige 175-Jahr-Jubiläum, die Leistungen von 1848 bekannter zu machen?

Als ich 2018 mit meinem Buchprojekt begann, hat-

te ich das Jubiläum überhaupt nicht im Kopf und der Wissenstand über 1848 war gering. Jetzt rücken die Geschehnisse zwar etwas in den Vordergrund, aber es ist kein Vergleich zu 1991, als wir 700 Jahre Eidgenossenschaft feierten. Ich denke, nach dem Jubiläumsvorjahr verschwindet das Thema wieder aus dem Bewusstsein, wenn es nicht bewusst gepflegt und in den Schulen vermittelt wird.

Freisinnige haben die Bundesverfassung geprägt. Was kann die FDP heute von ihnen lernen?

Ein Direktvergleich ist schwierig, da die damaligen Freisinnigen extrem heterogen waren und es ganz unterschiedliche Strömungen gab. Heute ist die FDP geschlossener. Nichtsdestotrotz schadet es sicher nicht, wenn sich die FDPler von heute an den Werten von Ulrich Ochsenbein orientieren: Schlanker Staat und Hochhalten des Föderalismus.

Wie lässt sich das konkret umsetzen?

Es ist nicht einfach. Jede Politiker-Generation will gestalten und das heisst meist regulieren. Wir Freisinnige sollten wieder mehr Werbung für unser freiheitliches Erfolgsmodell machen und aufzeigen, welchen Mehrwert eine liberale Schweiz bietet.

«Demokratie mit Zukunft» ist in erster Linie ein Sachbuch, aber es hat fiktionale Einschübe, die auffallen. Was steckt dahinter?

Die kleinen Geschichten dienen dazu, trockene Themen wie Gewerbe- oder Niederlassungsfreiheit anschaulich zu erklären. Zudem war es beim Schreiben eine willkommene Abwechslung zum faktenbasierten Stil des Sachbuchs.

Sie thematisieren auch mögliche Gefahren für Demokratien. Halten Sie die Schweizer Demokratie für gefährdet?

Mir macht Sorgen, dass sich die Menschen nicht mehr engagieren und der Demokratie gegenüber gleichgültig werden. Das würde unserem System schaden. Ich rechne aber nicht damit, dass irgendein «Schnurri» kommt und die Schweiz zu einer Diktatur macht. Dafür sind unsere Institutionen zu gefestigt.

Interview: Marco Wölfli

Thomas Lötscher (Jahrgang 1968) ist Generalsekretär der Finanzdirektion des Kantons Zug. Zuvor war er 14 Jahre Kantonsrat. Das Buch Demokratie mit Zukunft ist im Weber Verlag erschienen und ist im Buchhandel oder direkt bei Thomas Lötscher (t.loetscher@datazug.ch) für 29 Franken plus Versandkosten erhältlich.

Die Sommeression dauert bis am 16. Juni. Foto: Parlamentsdienste



Die Zeit drängt

Sommeression mit drei dringenden Geschäften

Die Bevölkerung wächst, die Menschen werden immer älter und die Wirtschaft verändert sich stark. Dies setzt die Infrastruktur und die Sozialsysteme unter Druck. Löst man diese Probleme heute nicht, dann droht morgen Ungemach.

Man kann es drehen und wenden, wie man will, aber die Einwohner der Schweiz werden immer älter. Was für den Einzelnen toll ist, hat grosse Konsequenzen für uns alle. Denn je länger wir leben, desto mehr AHV-Rente wird bezogen. In der ersten Säule spart aber nicht jeder für sich selbst, sondern die Kosten werden durch Beiträge von den Menschen, die arbeiten, und über Steuern bezahlt. Es gibt aber immer weniger Menschen, die bezahlen, und immer mehr Rentner, die über eine längere Zeitspanne Geld bekommen. Dies führt in Zukunft dazu, dass die AHV in Schieflage gerät. Ohne Gegenmassnahmen droht Ungemach. Entweder müssen die Steuern erhöht werden oder es fällt Geld für Bildung, Armee oder andere Staatsaufgaben weg. Dies ist beides keine befriedigende Lösung und belastet künftige Generationen.

Die Jungfreisinnigen haben darum eine Volksinitiative lanciert, die das AHV-Alter an die Lebenserwartung koppeln möchte. Dies ist klug, denn wenn wir länger arbeiten, zahlen die Menschen

mehr Beiträge und beziehen kürzer Rente. Dadurch kann das System stabilisiert und an die sich ändernden Gegebenheiten angepasst werden. In der Sommeression kommt diese wichtige Initiative in den Nationalrat. Leider können die anderen Parteien sich aber nicht überwinden, die FDP in dieser wichtigen Frage zu unterstützen. Man scheut sich, den Wählern reinen Wein einzuschenken, und will keinen indirekten Gegenvorschlag erarbeiten. Dieser hätte das bewährte Mittel der Schuldenbremse aufgenommen und diese für die AHV adoptiert. Dass die «bürgerlichen Partner» SVP, die Mitte und die GLP sich hier schwertun, ist eine Schande.

Notwendiger Ausbau im Agglomerationsverkehr

Es wird in der Sommeression aber nicht nur an der Zukunft der Altersvorsorge gearbeitet. Zwei grosse Infrastrukturvorhaben sollen Engpässe bei der Strasse und der Schiene beheben. Bis 2030 sollen auf dem Nationalstrassennetz Erweiterungsprojekte im Umfang von rund 11,6 Milliarden Franken in

«Es gibt aber immer weniger Menschen, die bezahlen, und immer mehr Rentner, die über eine längere Zeitspanne Geld bekommen.»

Angriff genommen werden. Damit soll der Verkehr endlich wieder rollen. Daneben sollen aber auch 1,6 Milliarden in den Agglomerationsverkehr fließen. Es ist klar, dass beide Schritte nötig sind, um den Bedürfnissen einer wachsenden Bevölkerung nachzukommen. Die Lösung der Verkehrsprobleme in den Agglomerationen funktioniert ohne leistungsfähige Strassen in abgelegenen Gegenden nicht. Die linke und die rechte Ratsseite müssen sich endlich bewusst werden, dass das Auspielen von Strasse gegen Schiene ein Irrweg ist. Es braucht beide Verkehrsträger. Was es hingegen nicht braucht, ist unökologischen und teuren Stau.

Mantelerlass auf der Zielgeraden

Eine weitere Runde dreht der Mantelerlass. Das Gesetzesvorhaben, das die Versorgungssicherheit mit Elektrizität in den kommenden Jahren sichern soll, kommt wieder in den Ständerat. Läuft alles nach Plan, dann ist dieses wichtige Projekt im Herbst beendet und kann so bald wie möglich in Kraft treten. Dank diesem Gesetz kann mit dem Ausbau der vernachlässigten Stromproduktion begonnen werden und die Schweiz ist einen Schritt näher an einer Stromversorgung, die diesen Namen verdient.

Christian Steiner, Fraktionssekretär

Basel-Stadt mit seiner starken Pharmaindustrie gehört zu den Kantonen, die von der OECD-Mindeststeuer besonders stark betroffen sind. Foto: iStock/Gabriel Brodbeck



Ja zur OECD-Mindeststeuer

Zusätzliche Mittel in der Schweiz behalten

Am 18. Juni stimmt die Schweiz über die nationale Umsetzung der OECD-Steuerreform ab. Damit sollen internationale Grossunternehmen mit einem Umsatz von über 750 Millionen Euro künftig zu mindestens 15 Prozent besteuert werden. Setzt die Schweiz diese Mindeststeuer nicht um, dürfen andere Staaten die fehlenden Steuern zu sich holen. Die Ausgangslage ist klar: Nur mit einem Ja behalten wir die zusätzlichen Steuereinnahmen in der Schweiz.

Grosse, internationale Unternehmen unterliegen international künftig einer Mindestbesteuerung von 15 Prozent. Darauf haben sich rund 140 Staaten inklusive der Schweiz in einem Projekt der OECD/G20 geeinigt. Bundesrat, Parlament und die Kantone sind der Meinung, dass dieser Weg gangbar ist und die Nachteile verkraftbar sind. Mit der Reform bezahlen die betroffenen Unternehmen ihre zusätzlichen Steuern in der Schweiz, im Gegenzug werden die Firmen vor Zusatzbesteuerung und Steuerverfahren im Ausland geschützt.

Eine Lösung der Vernunft

Das schweizerische Umsetzungsprojekt ist sowohl positiv wie auch negativ. Es ist eine Vernunftlösung. Die Schweiz hat die Mindestbesteuerung nicht gesucht, und ob damit tatsächlich mehr Steuerfairness erreicht wird, ist längst nicht sicher. Wenn die Schweiz von ihren grossen Firmen mindestens 15 Prozent Gewinnsteuer nach den Vorgaben der OECD verlangt, dann bleiben die Steuereinnahmen in der Schweiz, andere Staaten erhalten kein Besteuerungsrecht. Deshalb ist die Umset-

zung der Mindeststeuer im Interesse der Schweiz. Alle anderen Lösungen würden Steuersubstrat vernichten.

Kritiker behaupten, die Mindestbesteuerung, wie sie vom Parlament beschlossen wurde, sei ungerecht und dass nur wenige wohlhabende Kantone profitieren würden. Das ist falsch: Die Einnahmen aus der Mindeststeuer werden von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden geteilt. 25 Prozent stehen dem Bund zu. 75 Prozent bleiben in den Kantonen, die wiederum ihre Städte und Gemeinden angemessen beteiligen müssen. Zudem werden die Zusatzeinnahmen im Nationalen Finanzausgleich berücksichtigt. So profitieren alle Kantone von Mehreinnahmen.

Von linker Seite kommen auch sachlich falsche Argumente. So unterstellt die SP, die eine Höherbesteuerung von Grosskonzernen stets gefordert hat, dass der Bund nach einem Nein am 18. Juni die exakt gleiche Vorlage noch einmal vors Volk bringt, diesmal mit einem höheren Bundesanteil. Demokratie- wie staatspolitisch wäre das höchst fragwürdig, schliesslich kennt niemand mit Sicherheit die Beweggründe der Stimmenden.

Standort Schweiz weiter stärken

Der Kompromiss, wie er nun vorliegt, beruht auf einer hart erarbeiteten Einigung von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden und wurde nach intensiven Beratungen von den eidgenössischen Räten so beschlossen. Ein höherer Bundesanteil ginge zulasten von Kantonen, Städten und Gemeinden. Das könnte dazu führen, dass die Kantone auch eigene Steuererhöhungen umsetzen, deren Erträge nicht geteilt werden. Der Bund ginge leer aus. Eine Neuauflage würde zudem langwierige innenpolitische Verhandlungen erfordern.

Von der Verwendung der Zusatzeinnahmen würden nur Firmen und Reiche profitieren, so das unsachlichste Argument der Kritiker. Fakt ist, dass sich die Schweiz – auch dank einer attraktiven Steuerpolitik – in den letzten 30 Jahren zu einem der weltbesten Wirtschaftsstandorte entwickelt hat mit einer Schere zwischen Arm und Reich, die sich nicht öffnet, sondern schliesst. Die Löhne sind rekordhoch, die Steuerzahlungen der Unternehmen sind stark angestiegen und haben das stetige Wachstum der staatlichen Leistungen etwa im Sozial- und Bildungswesen und dem Service Public massgeblich finanziert. Es ist die Schweizer Bevölkerung, die davon profitiert, dass die Rahmenbedingungen für die Firmen in der Schweiz gut sind. Und diesen Standorterfolg gilt es deshalb unbedingt zu wahren. Die Umsetzung der OECD-Mindeststeuer bringt Bund und Kantonen Mittel ein, um die Standortattraktivität der Schweiz auch in Zukunft sicherzustellen. Ein Ja am 18. Juni garantiert, dass die Steuermilliarden aus der Mindestbesteuerung in der Schweiz bleiben. Davon profitieren alle.

Daniela Schneeberger, Nationalrätin BL



Am 18. Juni stimmt die Schweiz über das Klimagesetz ab. Die FDP sagt Ja zu einem guten Kompromiss, weil es unseren Forschungsstandort stärkt, Lösungen bietet und zur Erreichung des Netto-Null-Ziels bis 2050 beiträgt.

Das Verdikt in Kreuzlingen war deutlich: Mit 234 Ja zu 51 Nein bei 5 Enthaltungen fassten die Delegierten der FDP Schweiz die Ja-Parole zum Klimagesetz. Das Klimagesetz, über das am 18. Juni abgestimmt wird, ist ein klassisch schweizerischer Kompromiss. Als indirekter Gegenvor-

schlag zur Gletscherinitiative übernimmt das Klimagesetz die Ziele des Volksbegehrens, verzichtet aber auf die weitgehenden Forderungen wie zum Beispiel ein generelles Verbot fossiler Energien. Das Klimagesetz dagegen setzt hauptsächlich auf Anreize statt Verbote, Innovation statt Technolo-

gieverweigerung und Eigeninitiative statt staatlicher Intervention. Darüber hinaus sieht der Gegentwurf zwei Programme vor, die in der Initiative nicht enthalten waren. Mit dem Technologie- und Innovationsprogramm wird die Schweizer Wirtschaft im Strukturwandel unterstützt.

Griffige Massnahmen statt Verbote

Beteiligte Unternehmen erhalten Unterstützungsgelder von insgesamt 1,2 Mrd. Franken. Diese Investitionen stärken den Forschungs- und Innovationsstandort Schweiz. Mit dem Sonderprogramm für den Heizungersatz werden 2 Mrd. Franken zur flächendeckenden Heizungssanierung zur Verfügung gestellt. Das Rahmengesetz ist nicht perfekt, aber es ist pragmatisch. Denn die komplexen Probleme unserer Zeit erfordern pragmatische Lösungen. So können wir unsere Ziele mit einem Gesetz erreichen, das ernsthafte und greifbare Massnahmen vorsieht und gleichzeitig auf eine Verbotspolitik sowie neue Steuern und Abgaben verzichtet. Durch eine flexible Umsetzung schafft das Gesetz Planungssicherheit und lässt gleichzeitig einen erheblichen Handlungsspielraum, insbesondere für Unternehmen. Das Gesetz skizziert tatsächlich den Weg zum Netto-Null-Ziel bis 2050. Die Schweiz hat sich auf internationaler Ebene mit dem Pariser Klimaabkommen verpflichtet, das Netto-Null-Ziel zu erreichen. Die FDP unterstützt diesen Ansatz und sagt deshalb Ja zum Klimagesetz.

Ruedi Noser, Ständerat ZH

3x JA
 Ja zur OECD-Reform
 Ja zum Innovation- und Klimagesetz
 Ja zum COVID-19 Gesetz

FDP
 Die Liberalen

18. Juni
Abstimmung



Eine Investition in die Zukunft

Bei Axpo sind wir stolz darauf, jeden Tag einen wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit unseres Landes zu leisten. In den letzten 10 Jahren haben wir 70% der Investitionen in der Schweiz getätigt, damit wir auch in Zukunft jederzeit klimafreundlichen Strom für Wirtschaft und Gesellschaft bereitstellen können.

The Power of Energy



Die Mitarbeitenden des Generalsekretariats kämpfen täglich gemeinsam für eine liberale Schweiz.
Foto: Alessia Wehrli



Das Generalsekretariat der FDP Schweiz in Bern ist die Drehscheibe der Partei. Hier laufen die Fäden der FDP zusammen, hier läuft der freisinnige Motor auf Hochtouren. Ein Streifzug durch die vielfältigen Leistungen, die das Generalsekretariat erbringt.

Während frühmorgens noch zahlreiche Pendler durch die Berner Neuengasse eilen, hat Generalsekretär Jon Fanzun bereits die erste Telefonkonferenz mit der Parteileitung um Parteipräsident Thierry Burkart hinter sich. Damit die unterschiedlichen Themen und Aufgaben der FDP optimal bespielt werden können, ist ein regelmässiger Austausch zwischen der politischen Leitung der Partei und der operativen Ebene im Generalsekretariat mit seinen 25 Mitarbeitenden unerlässlich.

Vollgas für den Wahlkampf

Während Jon Fanzuns Tage durch Sitzungen, Mails, Telefonate und kurzfristige Entscheidungen durchgetaktet sind, rauscht sein Stellvertreter und Wahlkampfleiter Adrian Michel durch den langen Büro-Korridor. Die Wahlen rücken näher und sein Puls steigt wöchentlich. Was kommt in den nächsten Newsletter für die Kandidierenden? Wo steht die Agentur mit der Gestaltung der Hauswurfsendung? Welche Themen wollen wir in den nächsten Wochen bespielen und worauf muss die FDP mit klaren Positionen reagieren? Diese und unzählige Fragen stellt und beantwortet Michel oft innerhalb

einer Stunde eines durchschnittlichen Arbeitstages. Zusammen mit seinem Team schwört er das ganze Generalsekretariat auf den Wahlkampf ein und orchestriert mit grossem Einsatz und immer unter Strom die FDP-Wahlkampagne. Schliesslich gilt es am 22. Oktober ein hoch gestecktes Ziel zu erreichen: Sitzgewinne in beiden Kammern und die SP als zweitstärkste Partei überholen.

Einsatz für den Abstimmungssieg

Bevor im Oktober der Höhepunkt des Schweizer Polit-Jahres ansteht, finden am 18. Juni die nächsten Abstimmungen statt. Als Campaignerin im Kampagnenteam hat sich Sara Figuera diesen Termin in der Agenda dick angestrichen. Damit eine Abstimmungskampagne ins Rollen kommt, braucht es sorgfältige Vorbereitung und danach heisst es Dranbleiben bis die Abstimmungsurnen schliessen. Sara Figuera, die sich um die Koordination des Abstimmungskampfes in der Romandie kümmert, organisiert Testimonials, schreibt Argumentarien, wertet Umfragen aus und bereitet die Parlamentarierinnen und Parlamentarier auf Podien und Medienauftritte vor.

Wissen im Hintergrund

Lange bevor eine Abstimmungsvorlage an die Urne kommt, vertiefen sich die wissenschaftlichen Mitarbeitenden des Fraktionsteams darin. Sie haben den Überblick über die unzähligen Parlamentsgeschäfte und wissen stets welcher Vorstoss sich in welchem parlamentarischen Stadium befindet und welche Themen in den Kommissionen aktuell sind. Geht es um die Themen Gesundheitspolitik, Altersvorsorge und Verkehr ist Matia Demarmels die richtige Ansprechperson im Generalsekretariat. Als Verantwortlicher der Verkehrs- und Fernmeldekommission sowie der Sozial- und Gesundheitskommission kennt sich Demarmels mit den Regulierungen im Gesundheitswesen ebenso aus wie mit den Ausbauplänen für Strasse und Schiene. Als wissenschaftlicher Mitarbeiter steht er im regen Austausch mit den Fraktionsmitgliedern, bereitet Geschäfte vor und schreibt Vernehmlassungen. Seine Arbeit bleibt meist im Hintergrund und doch braucht es für politische Mehrheiten oft öffentliche Aufmerksamkeit. Verfasst Matia Demarmels beispielsweise eine Fraktionsmotion, soll diese auch mediale Aufmerksamkeit generieren.

Kommunikation auf allen Kanälen

Hierfür arbeitet er Hand in Hand mit Kommunikationschef Arnaud Bonvin zusammen. Gemeinsam formulieren sie eine Medienmitteilung, die die wichtigsten Punkte des Anliegens aufnimmt und möglichst viel Wiederhall in den Medien findet. Längst bespielt die FDP nicht nur die klassischen Medien, sondern auch die breite Palette von Social Media. Dort gilt die Devise: Video first. Arnaud Bonvin schickt also unseren Mediamatiker Jannik Kaiser mit der Kamera ins Bundeshaus. Dort trifft er ein Mitglied der FDP-Fraktion für eine Videoaufnahme zu den Forderungen der Fraktionsmotion, damit das Anliegen auch auf Social Media Gehör findet. Nicht immer verläuft die Arbeit auf dem Generalsekretariat nach klaren Terminen und Plänen.

Oft genug kommt es aber vor, dass die Aktualität alles über den Haufen wirft und Improvisation gefragt ist. Gerade dann kommt die Stärke des Generalsekretariats aber erst recht zum Vorschein. Die Teams greifen wie Räder ineinander und innert kurzer Zeit ist die FDP auf Kurs und besetzt die richtigen Themen mit der richtigen Botschaft.

Marco Wölfli

Neu gewählt

Anne Hiltbold gewann für die FDP den zweiten Regierungssitz im Genfer Staatsrat zurück.



«Ich kenne nur Frauenmehrheiten»

Anne Hiltbold ist neue Genfer Staatsrätin

Bisher war Anne Hiltbold in der Exekutive der Stadt Carouge, neu ist sie Teil der Genfer Kantonsregierung. Im Interview spricht sie über Druck im Vorfeld der Wahl, wieso ihre ruhige Art kein Nachteil ist und welche Massnahmen gegen die Wohnungsknappheit nötig sind.

Ende April wurden Sie vor drei Bisherigen in den Genfer Staatsrat gewählt. Wie erklären Sie sich diese Glanzwahl?

Die Wahl ist die Folge einer tollen Kampagne zusammen mit der wiedergewählten Staatsrätin Nathalie Fontanet. Wir beide haben uns optimal ergänzt und die Bevölkerung mit konkreten Vorschlägen in Bezug auf die Kaufkraft und spezifisch Eltern angesprochen. Zudem habe ich meine Kampagne in den sozialen Medien mit vielen Kurzvideos zu meinen Ideen und über meine Wahlkampfveranstaltungen geführt.

Erklärtes Ziel der FDP Genf war es, den zweiten Regierungssitz zurückzugewinnen. Haben Sie deshalb Druck verspürt?

Ich spürte einen gewissen Druck, gerade auch weil es viele Kandidierende und im ersten Wahlgang kein Bündnis gab. Ich wäre sehr enttäuscht

gewesen, wenn es aus diesem Grund nicht geklappt hätte.

Worauf freuen Sie sich als Staatsrätin am meisten?

Ich freue mich auf mein Departement, die Bildungsdirektion, aber auch auf die Mitarbeitenden und darauf, Ideen aus dem Wahlkampf in der Praxis umzusetzen.

Im Genfer Staatsrat gibt es neu eine Frauenmehrheit, die Stadtregierung von Carouge, der Sie angehörten, besteht sogar ausschliesslich aus Frauen. Gibt es Unterschiede zu Gremien mit einer Männermehrheit?

Ich bin stolz darauf, Teil einer Frauenmehrheit im Staatsrat zu sein. Da ich in Exekutiven war, die ausschliesslich oder mehrheitlich von Frauen besetzt waren, kenne ich es gar nicht anders. Ich bin überzeugt, dass auch die neue Konstellation des

«Es braucht mehr Bautätigkeit und Verdichtung.»

Staatsrates gut funktionieren wird. Wenn ich dabei mithelfen kann, dass Frauen in Führungspositionen nicht mehr als Ausnahme wahrgenommen werden, umso besser! Ich muss aber auch zugeben, dass eine Veranstaltung der FDP Frauen ausschlaggebend war, mich definitiv für die Kandidatur zu entscheiden.

In den Medien wurden Sie teilweise als ruhig und zurückhaltend beschrieben. Müssen Sie Ihren Stil ändern, um in der teilweise lauten Kantonspolitik zu bestehen?

Ich denke, das Wichtigste ist, sich selbst zu bleiben. Es stimmt, dass laute Parolen nicht unbedingt meinem Charakter entsprechen, aber meine Persönlichkeit hat mich nicht daran gehindert, gewählt zu werden. Viele Menschen haben mir geschrieben, dass Sie mein Einfühlungsvermögen und meine Authentizität im Wahlkampf geschätzt haben. Ich glaube deshalb nicht, dass ich meinen Stil ändern muss. Wichtig ist es, klare Ziele zu haben und Entscheidungen zu treffen, hinter denen ich stehen kann.

Als stellvertretende Generalsekretärin der Genfer Immobilienkammer sind Sie mit dem Thema Wohnungsknappheit vertraut. Welche Massnahmen braucht es, um die Wohnungsnot zu lindern?

Es braucht mehr Bautätigkeit und Verdichtung. Insbesondere müssen wir höher bauen und mit dem Boden sparsamer umgehen. Es muss auch möglich sein, bestehende Gebäude aufzustocken. Wichtig wären auch passende Wohnungen für Senioren, damit sie ihre oft zu grossen Wohnungen zugunsten von Familien freigeben können.

Die Wahlerfolge von Ihnen und Nathalie Fontanet zeigen, dass die Genfer Bevölkerung FDP-Kandidatinnen vertraut. Ist das ein positives Zeichen im Hinblick auf die eidgenössischen Wahlen im Oktober?

Ich hoffe es! Mit der Kandidatur von Simone de Montmollin für den Ständerat und den anderen fünf Persönlichkeiten, die für den Nationalrat kandidieren, sind wir gut aufgestellt. Ich bin überzeugt, dass wir auch im Oktober das Vertrauen der Bevölkerung gewinnen.

Interview: Marco Wölfli

Parolenspiegel

für die nächsten eidgenössischen Volksabstimmungen



JA

OECD-Mindeststeuer



JA

Klima-Gesetz



JA

Covid-Gesetz

Ja zum Covid-Gesetz

Am 18. Juni stimmt die Schweiz zum dritten Mal über das Covid-Gesetz ab. Das Parlament entschied sich Ende 2022, einzelne Bestimmungen des befristeten Covid-Gesetzes bis Mitte 2024 zu verlängern. Dabei geht es unter anderem darum, dass der Bund wichtige medizinische Güter beschaffen oder herstellen kann und Ausnahmen bei der Einführung von Heilmitteln gewährt werden können. Ebenfalls soll die Swiss-Covid-App weiterhin international

kompatibel bleiben, falls andere Länder Massnahmen verhängen. Die FDP hat der Verlängerung mit grossem Mehr zugestimmt. Für die FDP war ausschlaggebend, dass gefährdete Personen und das Gesundheitssystem nötigenfalls rasch geschützt werden können und die Reisefreiheit bewahrt werden kann, falls andere Länder Einschränkungen beschliessen. Die Parteipräsidentenkonferenz hat am 5. Mai die Ja-Parole beschlossen.



KOLUMNE

Unheilige Allianz zum Schaden der Schweiz



Die ausserordentliche Session zur Rettung der Credit Suisse war ein trauriges Beispiel für die Selbstdarstellung von gewissen Parlamentsmitgliedern.

Die Rettung der Credit Suisse ist ein einschneidendes Ereignis für unser Land, die Bevölkerung und die Wirtschaft. Garantien in der Höhe von 109 Milliarden Franken sind kein alltägliches Geschäft und die ausserordentliche Session war deshalb wichtig und notwendig. Die FDP hatte von Beginn weg eine klare und kritische Haltung. Auch ich bin wütend auf das Topmanagement der Credit Suisse und kritisch gegenüber der staatlichen Intervention, die nötig war. Zudem Sorge ich mich um die vielen Angestellten. Es ist ausserdem frustrierend, dass die 2008 beschlossenen Regulierungen nicht ausreichten, um ein erneutes Eingreifen des Bundes zu verhindern.

Die FDP hat auch kritische Fragen gestellt, aber darob niemals ihre Verantwortung gegenüber der Bevölkerung und der Wirtschaft vergessen und sich stets für eine konstruktive Politik eingesetzt. Dazu gehört auch eine gewisse Bescheidenheit. Denn noch ist nicht restlos geklärt, was die genauen Auslöser und Umstände waren, die die CS-Rettung notwendig gemacht haben, und welche Massnahmen nun tatsächlich ergriffen werden müssen.

Die FDP nimmt ihre Verantwortung wahr, weil es der Daseinszweck einer Partei ist, der Bevölkerung zu dienen. Leider haben in der ausserordentlichen Session nicht alle Parteien diese Verantwortung wahrgenommen. Die Ablehnung der CS-Kredite durch SVP und Linksgrün war feige, da die Finanzdelegation bereits zugestimmt hat. Die Polparteien konnten also gefahrlos Nein sagen, ohne Konsequenzen zu fürchten. Paradoxe Weise war das nur möglich, weil eben die Finanzdelegation ihre Verantwortung wahrgenommen hat. Die FDP ist die Partei, die Verantwortung übernimmt und die Arbeit erledigt. Das haben wir einmal mehr unter Beweis gestellt.

Johanna Gapany,
Parteivizepräsidentin und Ständerätin FR

NEU: ALLWETTERLEICHTPLAKATE® AUS RECYCLINGMATERIAL

Gestalten Sie Ihre Aussenwerbung noch nachhaltiger mit unseren Allwetterleichtplakaten® aus Recyclingmaterial:

- 600g/m² Hohlkammerplatten mit hohem Recyclinganteil
- Weisse Vorderfläche, graue Rückseite – bessere Opazität
- 100% wetterfest und 100% recycelbar
- Erhältlich für alle Formate (Standard, Freeform, Faltschilder)

Allwetterleichtplakat®
Von A1 bis F4 erhältlich.



Allwetterleichtplakat® Freeform
In jeder Wunschform erhältlich.



Jetzt entdecken auf
flyerline.ch/recycling-awlp

gedruckt in der
schweiz



flyerline.ch
Mehr als eine Online-Druckerei